

## FAQs



<https://naturschutzbund.at/bienen-bauern-retten.html>

## Daten

### Warum muss ich so viele persönliche Daten angeben?

Eine Europäische Bürgerinitiative unterscheidet sich von einer "normalen" Petition: Sie ist ein offizielles demokratisches Instrument, das es EU-BürgerInnen ermöglicht, Europa mitzugestalten, indem es die Europäische Kommission auffordert, einen Rechtsakt vorzuschlagen. Schaffen wir es, eine Million Stimmen zu sammeln, ist die EU-Kommission rechtlich verpflichtet, sich mit unseren Forderungen auseinanderzusetzen.

Darauf, welche Daten für das Unterschreiben einer Europäischen Bürgerinitiative erhoben werden, haben wir leider selbst keinen Einfluss. **Die jeweiligen EU-Mitgliedstaaten legen fest, welche Daten erhoben werden müssen, damit die Stimmen gültig sind und gezählt werden.** Aus diesem Grund ist es bei einer EBI nötig, mehr persönliche Daten anzugeben, als Sie dies von unseren Aktionen gewohnt sind.

Alle Daten, die im „Schritt 2“ unserer Aktion erhoben werden, gehen jedoch nicht an uns - stattdessen werden sie mit einer eigens dafür zertifizierten Software (OpenECI) direkt an einen sicheren, sich in Deutschland befindlichen Server weitergeleitet, damit die zuständigen nationalen Behörden die Gültigkeit Ihrer Stimme verifizieren können. Dies ist notwendig, da es sich bei einer EBI um ein offizielles EU-Instrument handelt. Deswegen muss überprüft werden, ob die Stimmen tatsächlich von BürgerInnen eines EU-Mitgliedstaats kommen. Ihre persönlichen Daten werden nach der offiziellen Verifizierung durch die nationalen Behörden wieder endgültig gelöscht. Wir freuen uns, wenn Sie auf Basis dieser Erläuterungen auch Schritt 2 unserer Aktion ausfüllen. Nur dann haben Sie die EBI unterschrieben und Ihre Stimme kann gezählt werden.

## **Gebe ich meine persönlichen Daten über eine sichere und verschlüsselte Verbindung weiter?**

Ihre Daten werden selbstverständlich sicher und verschlüsselt übertragen. Alle Daten, die im "Schritt 2" unserer Aktion erhoben werden, gehen zudem nicht an uns - stattdessen werden sie mit einer eigens dafür zertifizierten Software (OpenECI) direkt an einen sicheren Server weitergeleitet. Nur die zuständigen nationalen Behörden können Einblick nehmen, um stichprobenartig die Gültigkeit der Stimmen zu verifizieren. Dies ist notwendig, da es sich bei einer EBI um ein offizielles EU-Instrument handelt. Ihre persönlichen Daten werden nach der offiziellen Verifizierung durch die nationalen Behörden wieder endgültig gelöscht.

## **Sind die Unterschriftenlisten DSGVO-konform?**

Ja. Die Unterschriftenlisten halten sich an die Vorgaben der nationalen Behörden und fragen nur die Daten ab, die von diesen vorgegeben werden. Auch auf den Muster-Unterschriftenlisten, die von der Europäischen Kommission ausgestellt werden, können mehrere Menschen pro Blatt unterschreiben. Dies stellt im Rahmen der Europäischen Datenschutzgrundverordnung kein Problem dar.

## **Wer kann bei der Initiative „Bienen und Bauern Retten“ mitmachen?**

Die Europäische Bürgerinitiative können alle wahlberechtigten EU-BürgerInnen unterschreiben, d.h. Personen mit Staatsbürgerschaft in einem oder mehreren der EU-Mitgliedsländer. Leider nein, bis auf wenige Ausnahmen. Nur Personen mit österreichischer oder maltesischer Staatsangehörigkeit können bereits mit 16 Jahren unterschreiben, sowie griechische Staatsangehörige mit 17 Jahren.

## **Wie kann ich die Initiative unterstützen, wenn ich nicht unterschreiben darf?**

Wer die EBI selbst nicht unterschreiben darf, kann uns trotzdem dabei helfen, die Initiative bekannt zu machen und eine Million Stimmen zu erreichen. Teilen Sie die Initiative über Social Media oder bestellen Sie unsere Printmaterialien und verteilen Sie sie an Familie, FreundInnen und KollegInnen.

## **Inhaltliche Fragen**

### **Ist ein Pestizidverbot erst 2035 nicht viel zu spät?**

Mit einem Ausstiegsdatum und einer Übergangsfrist wollen wir der Landwirtschaft einen Weg in eine ökologische Zukunft ermöglichen. Dabei wollen wir jedoch keineswegs, dass bis 2035 alle Pestizide uneingeschränkt weiter eingesetzt werden dürfen. Unser stufenweiser Ausstiegsplan sieht vor, bereits in den nächsten zwei Jahren die 64 giftigsten und langlebigsten Stoffe, die die EU-Kommission bereits zu Substitutionskandidaten erklärt hat, vollständig zu verbieten. In den Jahren danach sollen bis 2025 die vergleichsweise leichter verzichtbaren Insektengifte und Unkrautvernichter vom Markt genommen werden. Bei Mitteln gegen Pilze in Dauerkulturen wie Obstbäumen, wo keine Fruchtfolgen möglich sind, setzen wir eine Übergangsfrist von fast 15 Jahren.

### **Sind 15 Jahre für den Umstieg auf eine pestizidfreie Landwirtschaft nicht viel zu kurz?**

Eine konventionelle Landwirtin, die sich entscheidet, Bio-Bäuerin zu werden, muss eine dreijährige Umstellphase durchlaufen, bevor ihr Betrieb das Bio-Label tragen darf. Diese Zeit ist nicht nur notwendig, damit sich die Böden nach jahrelangem Kunstdünger- und Pestizideinsatz regenerieren können, sondern ermöglicht es den LandwirtInnen, sich in zahlreichen Schulungen mit den Anforderungen einer chemiefreien, biologischen Wirtschaftsweise vertraut zu machen. Wir sind daher der Ansicht, dass 15 Jahre ausreichen, um die LandwirtInnen in der Anwendung pestizidfreier Praktiken auszubilden. 15 Jahre ermöglichen eine reibungslose Übergangszeit mit klaren Zielen. Dazu kommt, dass wir die Chance für gemächlichere Veränderungen bereits verspielt haben. Schon 2008 hatte der von der Weltbank initiierte Weltagrarrat <sup>[1]</sup> in seinem Abschlussbericht eindringlich gewarnt: „Business as usual is not an option.“ Doch der Warnung des Weltagrarrats folgten keine entsprechenden Handlungen. In der Folge wurden zehn Jahre für die Ökologisierung der Landwirtschaft versäumt und wertvolle Zeit verschwendet, bis im Mai 2019 der Weltbiodiversitätsrat (IPBES) in Paris seinen Report über Biodiversität und Ökosystemleistungen <sup>[2]</sup> präsentierte, und dabei die Warnung „Business as usual ist keine Option“ erneut bekräftigte. Wenige Monate später präsentierte auch der Weltklimarat IPPC seinen Bericht zum Zusammenhang zwischen Landnutzung und Treibhausgasemissionen <sup>[3]</sup>. Beide UN-Gremien, IPBES und IPCC, warnten eindringlich: Das Zeitfenster für Maßnahmen, um den drohenden Kollaps des Weltklimas und der Ökosysteme noch abzuwenden, werde sich sehr rasch schließen. Wir können daher nicht länger warten. Unsere Generation ist die letzte Generation, die es in der Hand hat, wirksame Maßnahmen zur Eindämmung des Artensterbens und des Klimawandels einzuleiten. Wenn wir jetzt nicht handeln, drohen wir laut Weltklimarat bereits in zehn Jahren den „Point of no Return“ zu passieren.

### **Wälzt ihr nicht die ganze Verantwortung für den Schutz von Natur und Umwelt auf die LandwirtInnen ab?**

Wir sind uns bewusst, dass reine Verbote ohne begleitende Maßnahmen nicht funktionieren. Wir wollen auch nicht die Verantwortung für den Schutz unserer Natur und Umwelt nur auf die Schultern der LandwirtInnen abwälzen, sondern erwarten, dass die Politik die nötigen Rahmenbedingungen schafft, um eine naturverträgliche Art der Landwirtschaft möglich und lohnend zu machen. Aus diesem Grund fordern wir nicht einfach „nur“ ein Pestizidverbot, sondern rufen die EU auch dazu auf, Maßnahmen zu ergreifen, um die LandwirtInnen auf dem Weg zu einer pestizidfreien Landwirtschaft zu unterstützen - nicht nur, aber auch finanzielle Maßnahmen.

Derzeit profitieren von den EU-Agrarsubventionen in erster Linie Großbetriebe, die mit wenigen Arbeitskräften riesige, ausgeräumte Flächen bewirtschaften. Dadurch wird die Konzentration von immer mehr Fläche auf immer weniger Betriebe gefördert: Um wettbewerbsfähig zu bleiben, müssen sich Betriebe gemäß dem Motto „Wachse oder Weiche“ immer weiter vergrößern. Die intensiv bewirtschafteten Monokulturen auf diesen immer größeren Flächen können nur mit einem hohen Einsatz an Pestiziden und Kunstdünger bewirtschaftet werden. Insofern dienen die EU-Gelder derzeit vor allem dem Zweck, ein von Ackergiften abhängiges System industrieller Landwirtschaft aufrechtzuerhalten und zu fördern.

Wir fordern die EU-Kommission jetzt auf, die Art und Weise, wie die EU-Gelder an die LandwirtInnen vergeben werden, vollständig zu reformieren. Wir wollen, dass die Zahlungen der EU künftig nicht mehr an der Größe des Betriebs orientiert sind, sondern dass LandwirtInnen finanziell unterstützt werden, die in ihrer Arbeit Natur und Klima schützen. Durch eine derartige Umverteilung würden automatisch kleinbäuerliche, biologisch wirtschaftende Betriebe gestärkt werden. Im Annex unserer EBI fordern wir z.B. auch, LandwirtInnen, die freiwillig vor 2035 aus dem Einsatz chemisch-synthetischer Pestizide aussteigen, im Rahmen der EU-Zahlungen zu begünstigen <sup>[5]</sup>. Neben der direkten finanziellen Unterstützung von Betrieben, die naturverträglich arbeiten, fordern wir die EU-

Kommission unter anderem auch dazu auf, in die kostenfreie Schulung von LandwirtInnen in agrarökologischen Anbaumethoden zu investieren.

In keinem Fall wollen wir, dass die LandwirtInnen Opfer des Systemwechsels werden. Stattdessen fordern wir die EU-Mitgliedsstaaten mit unserer Initiative auf, sicherzustellen, dass die Bäuerinnen und Bauern auf dem Weg hin zu einem gesunden, pestizid- und gentechnikfreien Landwirtschaftssystem als AkteurInnen an vorderster Front dabei sind.

### **Glaubt ihr, dass LandwirtInnen die Idee eines Pestizidverbots unterstützen?**

Anders als Pestizidhersteller und große Bauernverbände gerne behaupten, gibt es unter den LandwirtInnen eine große Bandbreite an Denkweisen. Denn während die großen Bauernverbände bislang das agro-industrielle System beharrlich verteidigen und Einschränkungen von Pestiziden konsequent bekämpfen, sieht eine zunehmende Zahl von kleineren Interessenvertretungen und LandwirtInnen die Abhängigkeit von der Agrarindustrie (Pestizide, Saatgut und Düngemittel) als mitverantwortlich für die Krise, in der die bäuerliche Betriebe und das Ökosystem heute stecken. Für die OrganisatorInnen der Bürgerinitiative wird daher entscheidend sein, die Perspektiven für einen Wandel aufzuzeigen und die LandwirtInnen zu überzeugen, dass Landwirtschaft ohne Pestizide nicht nur möglich ist, sondern langfristig klar die bessere Option darstellt. Daher soll das kommende Jahr nicht nur zum Sammeln von Unterschriften für unsere Bürgerinitiative genutzt werden, sondern auch um gezielt mit LandwirtInnen und ihren Interessenvertretungen in Dialog zu treten.

### **Werden die Lebensmittel in Europa nicht empfindlich teurer werden, wenn die LandwirtInnen gezwungen sind, auf alternative Pflanzenschutzmaßnahmen zurückzugreifen?**

Der höchste Preis, den wir für unsere Lebensmittel überhaupt zahlen können, ist die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen und der Lebensgrundlagen unserer Kinder und Enkelkinder. Doch genau diesen Höchstpreis zahlen wir derzeit weltweit beim Kauf von nicht nachhaltig produzierten Billig-Lebensmitteln. Unsere derzeitige Art, Ackerbau, Viehzucht und Fischerei zu betreiben, bedroht die Welternährung. Das erklärte die Welternährungsorganisation (FAO) in ihrem kürzlich publizierten Bericht zum Zustand der Landwirtschaft und der Biodiversität <sup>[4]</sup>. Der Grund, weshalb wir dennoch Lebensmittel zu diesem inakzeptablen Preis kaufen, ist, dass dieser Preis an der Supermarktkasse nicht aufscheint. Wir bezahlen ihn stattdessen mit brennenden Urwäldern, verschmutztem Wasser, erodierten Böden, Pestizidabdrift in der Luft sowie Hormonen und Chemierückständen in unserem Essen. Die gesundheitlichen Auswirkungen von Pestiziden und minderwertigen Lebensmitteln sind mit erheblichen gesellschaftlichen Kosten verbunden. Es gilt daher, diese verhängnisvolle Verzerrung des Marktes zu beenden und Kostenwahrheit herzustellen. LandwirtInnen, die nachhaltige Lebensmittel produzieren, müssen belohnt werden, während importierte Lebensmittel, die nicht nachhaltig hergestellt werden, empfindlich zu besteuern sind. Nicht zuletzt sind konventionelle landwirtschaftliche Erzeugnisse heute billig, im Vergleich zu dem, was noch unsere Eltern zahlen mussten. Gleichzeitig wird es für LandwirtInnen angesichts sinkender Erzeugerpreise zunehmend schwieriger, ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Dies, obwohl ihre Arbeit der Schlüssel zu unserer Ernährung und Gesundheit ist. Die Agrarpolitik der EU muss daher sicherstellen, dass LandwirtInnen angemessene Einnahmen erzielen und gesunde Lebensmittel bezahlbar bleiben.

### **Weshalb beinhalten die zentralen Forderungen der Bürgerinitiative nur ein Verbot des Pestizideinsatzes in der EU, aber kein Importverbot für Waren, die unter Einsatz von Pestiziden erzeugt wurden?**

Tatsächlich ist das eine unserer Forderungen! Im Annex <sup>[5]</sup> unserer EBI stellen wir fest: Begleitende Maßnahmen sind notwendig, um sicherzustellen, dass in Europa pestizidfrei erzeugte Lebensmittel nicht dem Wettbewerb durch billige Lebensmittel aus Drittländern ausgesetzt sind, die mit Pestiziden hergestellt werden. Gewährleistet werden kann dies entweder durch ein generelles Importverbot oder eine Besteuerung von Lebensmitteln, die nicht als „ohne synthetische Pestizide hergestellt“ zertifiziert sind, und/oder durch die Subventionierung von biodiversitätsfreundlich erzeugten europäischen Produkten. Fest steht, dass solche Maßnahmen für den Schutz der europäischen Landwirtschaft unerlässlich sind. Gleichzeitig ist zu erwarten, dass eine solche Handelspolitik einen Systemwandel in anderen Teilen der Welt auslösen kann. Da diese Forderung allerdings internationale Handelsverträge berührt und diese nicht Gegenstand von EBIs sein können, steht sie (nur) im Annex der EBI und zählt formal nicht zu ihren zentralen Forderungen. Doch eines ist klar: Wir alle werden uns dieser politischen Frage stellen müssen. Denn die notwendige Transformation wird nur dann passieren, wenn unfairem Wettbewerb durch Erzeugnisse, die keine vergleichbaren ökologischen Standards erfüllen, unterbunden wird.

### **Wie können wir ohne Pestizide die Ernährung von über neun Milliarden Menschen sichern?**

Eine Antwort auf die Frage, wie eine Weltbevölkerung, die im Jahr 2050 auf neun Milliarden Menschen angewachsen sein wird, ernährt werden kann, lieferte vor rund zehn Jahren der Weltagrarbericht. Zu seinen zentralen Empfehlungen zählte eine Verbesserung agrarökologischer Methoden und die Forcierung von Anbaumethoden mit geringem externen Input, Pflanzenzüchtungen mit besserer Temperatur- und Schädlingsbeständigkeit, Abgeltungen von Umweltleistungen und Verringerung der Abhängigkeit von fossilen Energieträgern <sup>[1]</sup>. Vergeblich wird man in dem Bericht nach einer Empfehlung zum Einsatz von Pestiziden oder gentechnisch verändertem Saatgut suchen. Ganz im Gegenteil empfiehlt der Weltagrarrat den biologischen Ersatz von Agrochemie. Dass Pestizide notwendig wären, um die Welternährung zu sichern, ist also nichts weiter als eine Erzählung jener großen Agrarkonzerne, die mit dem Verkauf von Pestiziden Milliarden verdienen. Wissenschaftliche Belege für diese Behauptung gibt es nicht - sie ist ein Mythos.

### **Wie sollen die Bäuerinnen und Bauern den Umstieg auf eine pestizidfreie Produktionsweise in so kurzer Zeit schaffen?**

In den letzten Jahrzehnten haben der ökologische Landbau und die Weiterentwicklung agrarökologischer Methoden klar bewiesen, dass Landwirtschaft ohne Pestizide funktioniert. Sie ist wissensintensiv und fordert erhebliche Adaptierungen. Es ist daher wichtig, die LandwirtInnen beim Umstieg zu beraten und zu unterstützen. Dafür müssen die notwendigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen geschaffen werden. In einigen Fällen muss die weitere Erforschung agrarökologischer Methoden auch durch öffentliche Mittel gefördert werden, die durch den Verzicht auf Investitionen in Agrochemikalien frei werden können. In den letzten Jahrzehnten flossen Milliarden an öffentlichen und privaten Investitionen in die Entwicklung, Herstellung und Regulierung synthetischer Pestizide sowie in die Behebung von Schäden für Umwelt und Gesundheit, die durch diese Pestizide verursacht wurden. Zukünftig müssen öffentliche Mittel in die Erforschung agrarökologischer Methoden fließen. Die Forschungsergebnisse müssen bei den LandwirtInnen ankommen und ihnen helfen, ihre Praktiken zu verbessern.

### **Können wir uns den „Luxus“ des Verzichts auf Pestizide angesichts der bevorstehenden Herausforderungen durch den Klimawandel überhaupt leisten?**

Auch angesichts des Klimawandels ist der Pestizidverzicht weniger Luxus denn Notwendigkeit. Der Klimawandel wird die Landwirtschaft mit bislang nicht da gewesenen Wetterextremen und einem erhöhten Schädlingsdruck konfrontieren. Doch gerade angesichts dieser Herausforderungen ist es umso wichtiger, die notwendige Resilienz durch ein möglichst intaktes Ökosystem mit entsprechender Artenvielfalt sicherzustellen. Agrarökologische Produktionsweisen schützen den Boden vor negativen Auswirkungen des Klimawandels, wie Austrocknung durch Dürre oder Erosion durch Starkregen. Zudem unterstützen sie den Humusaufbau und entfernen dabei CO<sub>2</sub> aus der Atmosphäre. Das ist deshalb besonders wichtig, da es für die Einhaltung des 1,5 Grad-Ziels des IPPC notwendig ist, dass die CO<sub>2</sub>-Emissionen durch Lebensmittelerzeugung weltweit negativ werden. Das heißt, dass mehr CO<sub>2</sub> aus der Luft in den Boden gehen und dort zu Humusaufbau beitragen, als in Summe durch landwirtschaftliche Prozesse emittiert wird (diese Leistung könnte etwa durch Vergütungen abgegolten werden).

### **Wird Gentechnik beim Pestizidverzicht helfen?**

Bereits der Weltagrarbericht stellte fest, dass die Grüne Gentechnik bisher mehr Probleme als Lösungen brachte und das Forschungsinteresse einseitig auf patentierbare Produkte lenkte <sup>[1]</sup>. Die überwiegende Mehrheit der heute verkauften GVO-Pflanzen ist entweder resistent gegen Pestizide und führt damit zu mehr Einsatz von Pestiziden, oder sie produzieren selbst Insektengifte und gefährden damit Ökosysteme. Unsere Bürgerinitiative zur Erhaltung der biologischen Vielfalt und der kleinbäuerlichen landwirtschaftlichen Betriebe fordert ausdrücklich, eine unabhängige Ausbildung und Forschung für eine pestizid- und gentechnikfreie Landwirtschaft zu fördern. Die Züchtung von robusten Sorten mithilfe von konventionellen Züchtungsmethoden ist zu fördern und zu erweitern.

#### **Einzelnachweise:**

[1] International Assessment of Agricultural Knowledge, Science and Technology for Development: Agriculture at a Crossroads, 2008:

<https://www.weltagrarbericht.de/fileadmin/files/weltagrarbericht/IAASTDBerichte/GlobalReport.pdf>

[2] IPBES: Global Assessment Report on Biodiversity and Ecosystem Services, May 2019:

<https://www.ipbes.net/global-assessment-report-biodiversity-ecosystem-services>

[3] IPCC: Climate Change and Land, August 2019: <https://www.ipcc.ch/srccl-report-download-page/>

[4] FAO: The State of the World's Biodiversity For Food and Agriculture, February 2019:

<http://www.fao.org/3/CA3129EN/CA3129EN.pdf>

[5] <https://www.savebeesandfarmers.eu/materials/eci-text-annex/>

Quelle: <https://www.umweltinstitut.org/mitmach-aktionen/bienen-und-bauern-retten.html>